

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

27.4.1907 (No. 115)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 27. April.

№ 115.

1907.

Expedition: Karlshof-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühren: die gesonderte Psektzelle ober deren Name 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Mit Entschliessung Grobhs. Ministeriums der Finanzen vom 22. April 1907 wurde Forstassessor **Senegés** in Forbach dem forstlichen Sekretariat der Forst- und Domänenverwaltung zugewiesen.

Die Zollverwaltung hat unterm 17. April d. J. den Hauptamtsassistenten **Osar Längle** in Tengen zum Grenzkontrollleur dafelbst ernannt.

Mit Entschliessung Grobhs. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 24. April d. J. wurde Betriebsassistent **Seinrich Feld** in Rauda nach Karlsruhe versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Partei-politisches aus Hessen.

2. Darmstadt, 25. April.

Eine erfreuliche Erscheinung zeigt sich in unserem politischen Parteienleben nach der Reichstagswahl. Während sonst mit dem Wahltag nicht nur die Wahlbewegung, sondern die politische Bewegung überhaupt einen Höhepunkt erreichte, der bei den bürgerlichen Parteien gewöhnlich trotz der gefassten guten Vorsätze bis kurz vor der nächsten Wahl andauerte, herrscht diesmal in allen Parteilagern reges politisches Leben, das sich erfreulicherweise in den bürgerlichen Kreisen noch mehr äußert, als in den sozialdemokratischen.

Von den Parteien der jetzigen nationalen Reichstagsmehrheit fehlen die konservativen in Hessen ganz, denn die vereinigten Anhänger der bürgerlichen Parteien, die bei uns vorhanden sind, finden ihren Anschluß hier entweder beim Bauernbund oder, soweit sie sich nicht als reine Agrarier fühlen, bei den Nationalliberalen. Die heftigsten Parteien im Lande, wenn auch die Zeit ihrer unbedingten Vorherrschaft schon längere Zeit vorüber ist. Vielleicht mehr als anderwärts betonen die heftigsten Nationalliberalen das nationale in ihrem Programm, während in innerpolitischen Fragen sowohl auf rein politischem, als auch auf wirtschaftspolitischen Gebiet eine ziemlich weitgehende Meinungsfreiheit herrscht. Im allgemeinen kann man aber die heftigste Partei als dem rechten Flügel der Gesamtpartei zugehörig bezeichnen, und vielleicht nur die Mainzer und die Siegener Parteiangehörigen stellen sich in politischen u. wirtschaftspolitischen Fragen auf den Standpunkt des linken Flügels. Im übrigen findet man fast von Stadt zu Stadt, von Wahlkreis zu Wahlkreis Unterschiede bezüglich der Grundanschauungen des Parteiprogramms. In den Reihen der heftigsten Partei findet man Hochschützler und Handelsvertragsleute, Freunde und Gegner des direkten Wahlrechts, Agrarier und Industrielle. Allen gemeinsam ist außer der unbedingt reichstreuen Gesinnung in allen nationalen Fragen die Gegnerschaft gegen das Zentrum. Nach den letzten Wahlen, die der Partei bei 3 verlorenen Reichstagsitzen und einem Gewinn 1 der 9 heftigsten Mandate verschaffte, ist die Parteiloyalität fast ausschließlich auf die Gewinnung der Jugend durch die Begründung jungliberaler Vereine gegründet, und außer dem Darmstädter jungliberalen Verein, der schon bei der letzten Wahl der Partei wertvolle Dienste leistete, sind inzwischen in Mainz, Worms und Offenbach jungliberale Vereine entstanden, und an anderen Plätzen, wie z. B. in Gießen, solche in Aussicht genommen. Auch bei ihnen finden sich wesentliche Verschiedenheiten in den Anschauungen, denn während z. B. der Darmstädter Verein dem linken Flügel der Gesamtpartei sich nähert, steht der Verein in Worms ganz rechts.

Die freisinnigen Hessens sind zwar ziemlich zahlreich an Anhängern, besitzen aber zurzeit keines der heftigsten Reichstagsmandate und sind auch im Landtag nur durch die Abgeordneten der drei oberheftigsten Städte vertreten. Bei den heftigsten Freisinnigen ist der Gedanke der liberalen Einigung am weitesten gediehen,

denn im freisinnigen Landesverein sind Demokraten, freisinnige Volksparteiler, Anhänger der Vereinigung und Nationalsoziale als gleichberechtigte Mitglieder vereinigt. Der Landesverein fügt sich zwar der Reichsorganisation der freisinnigen Volkspartei ein, fragt aber namentlich bei Wahlen nicht nach der näheren Parteizugehörigkeit. Bei der letzten Reichstagswahl waren z. B. zwei der fünf aufgestellten Kandidaten ehemalige Nationalsoziale, die überhaupt trotz ihrer geringen numerischen Stärke der Gesamtpartei durch ihre rührige Werbetätigkeit sehr wertvolle Dienste leisteten. Die Partei arbeitet daran, in Darmstadt eine eigene Tageszeitung zu bekommen und ist sonst sehr eifrig tätig, namentlich in Rheinhessen, wo durch die Taktik des Zentrums der alte freisinnige Stammfisch Wingen-Alzey bei der letzten Wahl an einen jenen liberalen Bauernbündler verloren ging. Eine ganze Anzahl freisinniger Vereine sind in den letzten Wochen in den größeren Landorten entstanden und auch in anderen Gegenden, z. B. in Oppenheim, Michelstadt und Büßbach, sind entweder neue Organisationen schon gegründet, oder in Aussicht genommen. Sehr zu stellen kommt der Partei das zielbewusste und dabei maßvolle Wirken ihrer Landtagsvertreter, die trotz ihrer geringen Zahl einen namhaften Anteil an der fruchtbringenden gesetzgeberischen Tätigkeit des Landtags haben.

Auch die Antisemiten, die zwei Reichstagsmandate gewonnen und als wirtschaftliche Vereinigung über ein Viertel der heftigsten Landtagsitze besitzen, sind sehr eifrig an der Arbeit. Sie umfassen ebenfalls sehr verschiedene Richtungen: deutsche Reformen und Deutschsoziale, Christlichsoziale, Bauernbündler demokratischer Richtung und Anhänger des Bundes der Landwirte stehen unter der Flagge Fraktion des Bauernbundes (heftigste Volkspartei), in politischen Dingen mehr oder weniger zusammen. Die deutschsoziale Richtung, die sich kürzlich zu einem Landesverband zusammenschloß, ist die vorherrschende und entfaltet namentlich in Oberhessen eine lebhafteste Tätigkeit. Auch sie erstrebt die Gründung einer eigenen Tageszeitung und ebenso die mehr dem Bund der Landwirte zuzurechnende Friedberger Richtung, die mit dem Plane umgeht, die jetzt zweimal wöchentlich erscheinende „Deutsche Volkswacht“ in Friedberg zu einer agrarischen und mittelstandsfreundlichen Tageszeitung auszubauen. Ohne Eiferfuchteleien geht es aber trotz aller äußerer Einigkeit bei den Antisemiten nicht ab und von manchen ihrer Führer kann man sagen: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“ So agitierte bei der letzten Reichstagswahl der Landtagsabgeordnete Hirschel im Wahlkreis Friedberg gegen seinen engeren Fraktionsgenossen Währ für einen nationalliberalen Agrarier (Graf Oriola) und in dem benachbarten Wahlkreis Gießen für den deutschsozialen Bauernbündler Köhler gegen den Nationalliberalen. Außerlich wird diese Rivalität demnächst in die Erscheinung treten, da beide Richtungen am gleichen Tage sogenannte oberheftigste Bauernfeste feiern werden, die eine mit dem deutschsozialen Führer Riebertmann von Sonnenberg als Festredner und die andere unter der Regide Hirschels.

Von den Parteien der nationalen Minderheit ist zunächst das Zentrum zu erwähnen. Bei der letzten Reichstagswahl spielte es durch seine Taktik zwar Antisemiten, Landbündler und Sozialdemokraten je ein Mandat in die Hände, vermochte aber für sich nichts zu erreichen. Es arbeitet zwar im Stillen unermüdet, aber es herrscht in den Reihen seiner Anhänger seit den letzten Reichstagswahlen einige Meinungsverschiedenheit, weil die einen in der Sozialdemokratie den ärgsten Feind, die anderen nur das „kleinere Uebel“ haben und ihr Verhalten darnach einrichten. Die Erörterungen hierüber sind in der ultramontanen Parteipresse innerhalb und außerhalb Hessens noch im Gange; man verlangt allgemein eine Reorganisation, ist sich aber noch nicht klar darüber, wie sie beschaffen sein soll.

Die Sozialdemokraten, die bei der letzten Reichstagswahl infolge der Uneinigkeit der anderen Parteien wie vorher wieder zwei Mandate besetzen konnten, sind, dank der liberalen und vorurteilslosen Haltung der Regierung, emigrieren in Verlegenheit. Sie heizten keinen zugkräftigen Agitationsstoff und um sich solchen zu verschaffen, machen sie sich überall da, wo sie es einigermassen können, das unschuldige Vergnügen, sozialdemokratische Beigeordnete zu wählen. Da die heftigste Regierung durch Wort und Tat bewiesen hat, daß sie sozialdemokratische Beigeordnete nicht grundsätzlich ablehnt, so ist es ein zweifelhaftes Vergnügen, immer wie-

der sozialdemokratische Beigeordnete zu wählen, von denen man weiß, daß die Voraussetzungen für die Befähigung nicht gegeben sind. Damit erreichen die Sozialdemokraten weiter nichts, als die Bestellung kommissarischer Beigeordneten durch die Behörden und die Verfümmung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden, für die ihnen allein die Verantwortung zufällt. Daß die Regierung unbefangenen und vorurteilsfrei an solche Entscheidungen herantritt, beweist die Bestellung eines unbeforderten Beigeordneten für Offenbach zur Genüge. Daß allerdings der kürzlich zum zweiten Mal aus den Reihen der Genossen gewählte andere Beigeordnete bestätigt werden wird, werden die Genossen selbst nicht glauben, denn auch die bürgerliche Hälfte der Stadt hat schließlich ein Recht darauf, an der städtischen Verwaltung durch Männer ihres Vertrauens beteiligt zu sein.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 25. April.

Dem Abgeordneten v. Oldenburg gegenüber erklärt Abg. **Koske** (Soz.) (fortfahrend), daß es den Sozialdemokraten niemals eingefallen sei, die Abschaffung des Heeres zu fordern. Sie wiesen nur auf das tolle Betrüben hin, durch das alle Völker ruiniert würden. Von jeher habe seine Partei ein Volksherr gewünscht und die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Die Sozialdemokraten seien natürlich Gegner von Eroberungskriegen. Eine bessere Ausbildung wäre auch bei kürzerer Dienstzeit möglich. Zu Unrecht habe der Kriegsminister gestern den Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie den jungen Leuten den Seeresdienst verfehlen u. die Disziplin bekämpfen. Seine Partei verwerfe den Militarismus, weil oft erklärt worden sei, daß unter Umständen das Heer dazu diene, gegen das eigene Volk zu marschieren.

Kriegsminister v. Einem akzeptiert und legt die Feststellung des Vorredners fest, daß dessen Partei entschlossen sei, bei einem Angriffskrieg das Deutsche Reich in derselben Weise und mit derselben Hingabe zu verteidigen, wie die anderen Parteien. Er verwahrte sich dann auf das Entschiedenste dagegen, daß er hier renommiert habe mit der Stärke Deutschlands und mit dem Säbel getraffelt habe. (Beifall.) Nichts habe ihm ferner gelegen. Er habe vorgestern nur sagen wollen, daß wir gerade in diesem Moment verpflichtet sind, große Anforderungen auch an Geld auf uns zu nehmen, um die Rüstungen zu beendigen. Wenn das Wort Bebel's einen Sinn haben sollte, das deutsche Kriegsheer sei ein Meisterwerk, so sei das doch nur so zu verstehen: Es sei ein Meisterwerk zur Verteidigung des Vaterlandes. Trotzdem wollten die Sozialdemokraten das Heer abschaffen und ein Volksherr schaffen. Ein Volksherr verlängere, wie die Geschichte lehre, nur die Kriege. Wollte man den Frieden, so müsse man ein starkes Heer erhalten. Der Vorredner meint nun, daß alle Resolutionen, die darauf abzielten, einen Abscheu vor dem Militarismus zu erwecken, daß alle Agitation zur Erziehung der Jugend im sozialdemokratischen Sinne gar nicht so gefährlich wäre. Wenn die Sozialdemokratie das meine, so sei sie die Kraft, die das Gute wolle und stets das Böse schaffe. Die Erinnerung an das Jahr 1870 werde von den Sozialdemokraten mit Füßen getreten. Es werde gesagt, das deutsche Selbsttum liege in der Verfassung, nicht im Erfolge des Jahres 1870. Als der Streik in Krimmichau tobte, habe er im „Vorwärts“ geschrieben, in Krimmichau würden wahre Heldentaten verrichtet. Sie gingen über das hinaus, was 1870 geleistet worden sei, wo die Sieger sich gütlich lateten bei Champagner und Pasteten. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht wollen, daß die Redakteure dies schreiben, so werfen Sie sie doch zum Fenster hinaus. Wenn die Sozialdemokratie die Jugend in antimilitaristischem Sinne erziehe, so könne sie weder ein stehendes Heer aufstellen, noch sei sie im Stande, eine wehrhafte Haltung der Nation durchzuführen. Die Manneszucht im Volke sei das Merkmal des Standes seiner Kultur. Die Manneszucht, die wir 1870 hatten, hat uns die Hochachtung der ganzen Welt erworben. Medner schließt (zu den Sozialdemokraten gewendet): Mit Ihrer Manneszucht aber, die Sie in die Jugend pflanzen wollen, werden Sie die Verachtung der Welt erziehen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor **Balles des Barres** erklärt, daß die Seeresverwaltung die Wünsche der Militärämter bezüglich der Anstellungsverhältnisse zu den übrigen machen würde. (Bravo.) Die Versorgung der Kriegsinvaliden stehe nicht hinter der der Kriegsteilnehmer zurück, die vor dem Gesetze vom 31. Mai 1906 ausgeschlossen sind.

Abg. **Graf Mielensky** (Pole) protestiert gegen die Aufhebung in der Budgetkommission, wonach den polnischen Soldaten im französischen und im afrikanischen Kriege der Mut abgesprochen worden sei. Medner erkennt dann bei dem deutschen Heere das Gefühl der Ritterlichkeit und Höflichkeit gegen die Frauen an. Volksgenossen sei das Boykottieren polnischer Lokale. Medner befürwortet schließlich die sozialdemokratische Resolution auf Lohnaufbesserung der Soldaten.

Kriegsminister v. Einem legt dar, daß der Boykott eine unschöne Waffe sei. (Sehr richtig.) Wirtschaftliche Erfordernisse sollten nicht geschädigt werden. Wo Verbote erfolgten, müßten ganz bestimmte Gründe vorliegen. Die einseitige Prüfung sei natürlich notwendig. Weil die Disziplin in Frage komme, sei die Behörde verpflichtet, die Soldaten von der großpolnischen und der sozialdemokratischen Agitation fern zu halten. Die Polen hätten den Boykott zu einer nationalen Waffe gemacht. Er bitte sie, die Heagitation zu lassen. Die konfessionellen Gegensätze würden dadurch verschärft.

Abg. Hagemann (natl.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Redner tritt dafür ein, daß den Unteroffizieren ein Sommerurlaub gewährt werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Resolutionen Kompesch, betreffend Portofreiheit, Albrecht, betreffend Erhöhung der Löhne, Ablass, betreffend Öffentlichkeit, und betreffend Bewandlung werden angenommen.

In der Spezialdebatte werden zunächst mehrere Kapitel ohne erhebliche Diskussion bewilligt. Bei dem Kapitel „Militärjustizverwaltung“ sagt Kriegsminister v. Einem zu, daß für die Unterweisung der Offiziere über das Strafrecht und über die Strafprozessreform durch Vorlesungen gesorgt werden soll.

Auf Anfrage des Abg. Rommsen über die Revisionsverhältnisse in Danzig erwidert der Kriegsminister, Danzig habe noch eine gewisse Festungsbedeutung. Er wolle aber den Wünschen der Bevölkerung möglichst entgegenkommen. Eine Reihe Kapitel wird bewilligt. Bei dem Kapitel Selbstversorgung der Truppen, Titel Militärärzte, wird die Resolution Liebermann, betreffend Militäreinkündermaßnahmen angenommen.

Bei dem Titel Büchsenmacher tritt Werner (Reform.) für die Verrückung derselben ein. Generalleutnant Sirt v. Arnim weist darauf hin, daß die Büchsenmacher neben ihrem Gehalt erhebliche Privateinkünfte haben.

Nach Bewilligung mehrere Kapitel befürwortet bei Kapitel Remontewesen Rogalla v. Bieberstein seine Resolution, in welcher eine Erhöhung der Remontekaufspreise den heutigen Marktpreisen entsprechend verlangt wird und in der er eine Nachweisung über die Herkunft der einzelnen Pferde wünscht.

Abg. Koste (Soz.) hält die Behauptung aufrecht, daß durch das Remontewesen wieder eine Liebesgabe für Agrarier Platz greifen soll.

Kriegsminister v. Einem erklärt, die Heeresverwaltung habe ein großes Interesse an einem guten Pferdebestand. Der erhöhte Preis will er auch eine entsprechende Erhöhung der Remontepreise eintreten. In welcher Höhe dies sein werde, könne er nicht angeben.

Die Resolution Rogalla v. Bieberstein wird darauf nach kurzer Debatte angenommen.

Nach Annahme weiterer Kapitel wird bei dem Kapitel „Artillerie und Waffnenwesen“ die Weiterberatung auf morgen vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 26. April.

Am Vorlagen ist u. a. eine solche betr. die Majestätsbeleidigungen eingegangen.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

In der fortgesetzten Beratung des Militäretats bei Kapitel „Artillerie und Waffnenwesen und technische Institute“ bringt Abg. Pauli-Rotscham (konf.) Wünsche auf Aufbesserung einzelner Beamtenklassen vor. Verhüten müsse man, daß gelehrte Arbeiter mit ungelerten in eine Gehaltsklasse gesetzt würden. Den bei den Instituten beschäftigten Lokomotivführern sollte Aussicht auf feste Anstellung gewährt werden. (Weißfall rechts.)

Abg. Zitel (Soz.) mit Lachen von der Rechten empfangen, erklärt zunächst, daß er Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Hauses nicht nehmen würde, nachdem die Konservativen gestern so ausführlich ihre agrarischen Wünsche vorgebracht hätten. Dank der fortgesetzten Kritik sei eine gewisse Besserung in den Bezügen der Arbeiter eingetreten. Die Regelung der Arbeitszeit lasse viel zu wünschen übrig, wenigstens in Hannover und anderen Werkstätten. In der Verkürzung der Arbeitszeit werde die Verwaltung noch weiter gehen müssen.

Berlin, 26. April. Der heute dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf betr. die Verurteilung der Majestätsbeleidigungen hat folgenden Wortlaut: Für die Verurteilung und Bestrafung der in den §§ 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuches bezeichneten Vergehen gilt nachfolgende Vorschrift:

Die Verurteilung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99 und 101 strafbar, wenn sie höflich und mit Vorbedacht begangen ist. Die Verurteilung tritt, sofern die Verurteilung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein. Für den Bereich der Militärstrafgerichtsbarkeit ist nur in Friedenszeiten eine Genehmigung erforderlich und steht die Erteilung der Militärstrafgerichtsbarkeit zu. Die Vergehen verjähren innerhalb sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des 14. Abschnittes des Strafgesetzbuches Anwendung.

Berlin, 25. April. Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf betr. Änderungen des Reichsbeamtengesetzes und ein Entwurf eines Beamtenhinterbliebenengesetzes zu. Ferner ging dem Reichstag ein Gesetzentwurf betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit zu, wonach die Herstellung von Zigarren, sowie die Aufbewahrung des Tabaks in Schlafzimmern verboten ist. Das Gesetz verbietet zugleich die Beschäftigung fremder Kinder, es gestattet Beschäftigung eigener Kinder vom vollendeten zwölften Jahre an und verbietet die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nach 8 Uhr abends und vor 8 Uhr morgens.

Berlin, 26. April. Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern den Etat für Kamerun an. Heute wurde die Etatsforderung von 892 320 M. zum Grundentwurf für die Errichtung eines Dienstgebäudes für das Reichsmilitärgericht bewilligt. Sodann gelangte bei der fortgesetzten Beratung des Etats der Schutzgebiete eine Erklärung zur Annahme, wonach für diejenigen Schutzgebiete, die eines Reichszuschusses nicht mehr bedürfen, ein Ausgleichsfonds aus den eigenen Einnahmen zu bilden ist, aus dem etwaige Fehlbeträge gedeckt werden können. Nach unerheblicher Debatte wurde gestern der Etat für Neu-Guinea, Karolinen, Palaoinseln, Marianen, Marschallinseln und Samoa bewilligt.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

London, 25. April. Unterhaus. Bowles (konf.) fragt den Staatssekretär, ob er eine amtliche Nachricht habe, aus der hervorgehe, daß zwischen der deutschen Orient-

bank und der Nationalbank von Persien durch die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Teheran ein enges Vertriebsabkommen zustande gekommen sei. Sir Edward Grey erwidert, dem britischen Gesandten in Teheran seien Nachrichten über deutsche Beihilfe bei der Errichtung der Nationalbank zugegangen; sie seien jedoch bis jetzt nicht bestätigt worden. Bowles (liberal) ersucht den Staatssekretär, angesichts der Verwirrung, die durch die sich widersprechenden Meldungen angerichtet worden sei, anzugeben, welches die Haltung der britischen Regierungen im Haag zu der vorgeschlagenen Begrenzung der Rüstungen sein werde. Der Staatssekretär erwidert, die den britischen Bevollmächtigten zu erteilenden Anweisungen würden gegenwärtig erwogen, er könne jetzt keine Erklärung abgeben. Im Laufe der Debatte wurde angenommen, daß die Admiralität, Lambert, daß auf britischem Gebiet 26 private und staatliche Docks vorhanden seien, die fähig seien, ein Schiff von dem Typ der „Dreadnought“ aufzunehmen. Im weiteren Verlaufe führte Leech aus, daß die Nordflotte zurzeit keine leistungsfähige Basis habe und daß die Verlagerung in der Anlage der Basis in Rosyth etwas Unglaubliches sei und große Gefahren enthalte. Im weiteren Verlaufe der Debatte betonte Balfour die strategische Bedeutung der neuen Basis an der Ostküste und legte der Regierung sehr ans Herz, nicht von der Politik des früheren Ministeriums abzuweichen. Der Parlamentssekretär der Admiralität, Robertson, führte aus, die Regierung sei überzeugt, daß eine Flottenstation an der Ostküste notwendig sei, und seiner Ansicht nach wiesen alle Anzeichen noch immer auf Rosyth als den am besten geeigneten Ort hin.

London, 25. April. Unterhaus. Die Bill, betreffend die Anlage eines Tunnels unter dem Kermellanal, wurde heute abend von den Mitgliedern, die sie eingebracht haben, zurückgezogen.

Zur Lage in Rußland

(Telegramme.)

Die Reichsbank.

St. Petersburg, 25. April. Ein von 32 Mitgliedern der Rechten eingebrachter Antrag, einen Tag nach den Osterferien festzusetzen, an dem über die Mißbilligung politischer Verbrechen verhandelt werden soll, wird mit 233 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Im Laufe der Debatte über die Agrarfrage halten mehrere bäuerliche Abgeordnete heftige Reden, in denen sie die Grundgedanken der Regierung und selbst die konstitutionelle demokratische Partei angreifen, welche letztere den Antrag von Landereien vorschlägt, die doch von den Bauern mit deren harntüchtiger Arbeit bereits mehrmals befristet worden seien. Der Bauer Moroz aus Pobodst erklärt, „Wir stehen vor verschlossener Tür; wir verlangen Brot, um nicht vor Hunger zu sterben. Wir klopfen leise an, aber man ist still. Wir klopfen stärker, aber man will uns nicht hören. Sollen wir hundert Millionen ausgehungerten Menschen dem die Tür mit Gewalt brechen? Seid auf eurer Hut, meine Herren Grundbesitzer, noch ist es Zeit, aber bald wird es zu spät sein.“ Der Tambower Bauerndeputierte Kizelow meint, wenn die Regierung und die Rechte nicht durch die mit dem Feldgericht und den Strafexpeditionen erreichten Erfolge verblendet wären, würden sie die Stimme des Volkes hören, solange es noch nicht zu spät sei. „Wir sind nicht gekommen, um zu drohen, wir wollen vielmehr die Frage auf friedlichem Wege lösen, solange dies noch möglich ist.“ Wir befürchten aber, daß selbst die Verspätung von wenigen Tagen und Stunden gefährbringend werden kann.“ Der Bauer Kalitow aus Perm erklärt: Wenn die Regierung die Stimme des Volkes nicht hören wolle, so würden die Bauern einfach das ganze Land nehmen und aufteilen, ohne noch viel zu reden.

Es wird ein Beschluß gefaßt, die Sitzung zu verlängern und über die Interpellation über die Vorfälle in der Petersburger Fabrik von Tschischer zu beraten, wo die Polizei der Arbeiterchaft gegenüber Gewaltmaßnahmen ergriffen hatte. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeit für die Interpellation wurden die Rechte und die Kadetten von den zusammengehörenden Parteien der Linken und der Arbeiterchaft überstimmt, die auch die Ausdehnung der Sitzung über 6 Uhr abends hinaus durchsetzten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird die Interpellation angenommen. Schluß 7 Uhr.

Rufu, 25. April. Mit Rücksicht auf die Fortdauer des Ausstandes der Schiffsbesatzungen hat General Thomson eine Bekanntmachung erlassen, in der er die Kapitäne und ihre Gehilfen sowie die Maschinenisten auffordert, sich an einem bestimmten Tage um 5 Uhr nachmittags auf ihren Schiffen einzufinden, widrigenfalls sie einer Strafe von 3 Monaten Gefängnis und 3000 Rubel sowie Verbannung nach entfernten Provinzen verfallen. Alle Versuche des Widerstandes oder der Gewalttätigkeit werden unmissverständlich mit bewaffneter Hand unterdrückt werden.

Radianice (Gouv. Vitebsk), 25. April. Die Terroristen erschossen heute hier zwei Polizisten. Die Behörden verurteilten die Stadt zu 30 000 Rubel Strafe.

Zur Flottenparade bei Hampton-roads.

(Telegramme.)

Hampton Roads (Virginia), 26. April. Vier englische und zwei österreichische Kreuzer sind hier eingetroffen, um der heutigen Eröffnung der Ausstellung in Jamestown beizuwohnen. Es wurden Salutschüsse gewechselt zwischen den ankommenden und schon vor Anker liegenden deutschen anderen Kriegsschiffen.

Hampton Roads, 26. April. Zu der heutigen Eröffnung der Ausstellung in Jamestown sind bisher 35 Panzerschiffe und Kreuzer, sowie zahlreiche Torpedoboote und Privatjachten hier eingetroffen. Die staatliche Flotte im Verein mit den landwirtschaftlichen Reizen Hampton-Roads bietet ein herrliches Bild. Rosevelt trifft heute an Bord der „Delphin“, begleitet von der „Mastfeuer“, hier ein und fährt dann an allen gesagten Schiffen vorbei. Am Ankerplatz wird die „Mastfeuer“ von deutschen, englischen und amerikanischen Flaggschiffen umgeben. Kapitän Mocking von der „Illinois“ ist bestimmt, den deutschen Offizieren das Geleit nach der Ausstellung zu geben. Nach Eröffnung der Ausstellung wird der Präsident die Flottenparade abnehmen, an der außer den amerikanischen nur die deutschen und die englischen Schiffe teilnehmen. Für Samstag hat Admiral Evans den deutschen Kommandanten und die Kommandanten zum Frühstück an Bord der „Connecticut“ eingeladen. Am Sonntag nachmittags findet auf der „Moon“ Tee und Tanz zu Ehren der amerikanischen Marine- und Armeoffiziere und ihrer Familien statt. Für Sonntag abend sind der Kommandant, die Kommandanten und Offiziere der deutschen Schiffe von der ameri-

nischen Marine nach Washington eingeladen. Der Aufenthalt in Washington dauert bis 2. Mai. Die Abfahrt der englischen Schiffe erfolgt bereits am 5. Mai, während die der deutschen noch nicht bestimmt ist.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 26. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag von halb 11 Uhr an bis 12 Uhr den Vortrag des Präsidenten des Finanzministeriums, Geheimrats Gonsell, und empfing hierauf den Großherzoglichen Gesandten Grafen von Verdheim und den Hofmarschall Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin-Witwe von Luxemburg, Freiherrn von Dieskau. Zur Frühstückstafel erschien Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Max.

Nachmittags nach 3 Uhr erhielten die höchsten Herrschaften den Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin-Witwe von Luxemburg in Begleitung Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm im Laufe des Nachmittags den Vortrag des Flügeladjutanten Generalmajors Dürr entgegen.

Abends 8 Uhr folgten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin einer Einladung der Erbgroßherzoglichen Herrschaften zur Abendtafel in das Erbgroßherzogliche Palais.

** Vom 1. Mai d. J. ab wird Fahrpreisermäßigung zum Zwecke der Arbeitsvermittlung nach folgenden Grundsätzen gewährt:

1. In der 3. Klasse der Personenzüge werden zum halben Fahrgeld Personen befördert, denen durch eine dem Verhältnisse deutscher Arbeitsnachweise angehörende, von den Eisenbahnen anerkannte öffentliche oder gemeinnützige Arbeitsnachweisanstalt eine auswärtige Arbeitsstelle vermittelt worden ist.

2. Die Fahrarten zum ermäßigten Preise werden von den Fahrartenausgaben gegen Vorlage eines von der Arbeitsnachweisanstalt nach dem vorgeschriebenen Muster ausgefertigten Ausweises verabfolgt, in dem die Person des Arbeitnehmers, die zu befahrende Strecke und der Reisetag angegeben und bescheinigt sein muß, daß den Inhabern eine Arbeitsstelle vermittelt worden ist.

3. Der Ausweis wird von der Fahrartenausgabe bei der Verabfolgung der Fahrkarte abgestempelt. Er ist bei der Fahrartenprüfung vorzulegen und bei der Beendigung der Fahrt mit der Fahrkarte abzugeben.

4. Für Reisen von weniger als 25 km wird die Ermäßigung nicht bewilligt.

Nach einem Beschlusse der ständigen Tarifkommission soll durch Aufnahme dieser Bestimmungen in den Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil I, die Fahrpreisermäßigung für sämtliche deutschen Staatsbahnverwaltungen eingeführt werden mit der Maßgabe, daß da, wo die 4. Wagenklasse geführt wird, diese zu benutzen ist. Da jedoch der fragliche Beschlusse noch nicht vollzogen ist, konnte die Aufnahme einer bezüglichen Bestimmung in den Teil I auf 1. Mai noch nicht erfolgen. Infolgedessen wurde die Fahrpreisermäßigung von den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen (mit Ausnahme der Reichseisenbahnen), die bisher eine ähnliche Vergünstigung gewährt, bis auf weiteres durch die Binnentarif (Teil II) oder im Verfügungswege eingeführt. Sie ist daher vorerst auf Baden, Württemberg, Bayern und die Pfalz beschränkt. Ihre Ausdehnung auf die übrigen deutschen Bahnen wird voraussichtlich auf 1. Juli d. J. erfolgen.

(Leopold v. Bezold 7.) Eine zahlreiche Trauerversammlung hatte sich gestern nachmittags in der Friedhofskapelle eingefunden, um den heimgegangenen Künstler und Schriftsteller zur letzten Ruhe zu geleiten. Stadtpfarrer a. D. Brüdner hielt dem Freunde und Landsmann die Gedächtnisrede, der er, unter Hinweis auf das so vielseitige Gebiete umfassende reiche Geistesleben des Verstorbenen, das Wörtchen „Leopold“, 21-23 zu Grunde legte: „Es ist alles euer.“ Es sei Paulus oder Apoll, es sei Kephas oder die Welt, es sei das Leben oder der Tod, es sei das Gegenwärtige oder das Zukünftige, Alles ist euer. Ihr aber seid Christi, Christi aber ist Gottes.“ Der Redner gab ein außerordentlich anschauliches Lebensbild, reich an feststehenden und bedeutenden Erinnerungen. In langem Zuge ging es dann zum offenen Grabe hinaus. Künstler und Gelehrte, Schriftsteller und die hiesige Presse waren besonders zahlreich vertreten. Der dem Verstorbenen engverwandte bekannte Künstler Professor von Gebhardt war von Düsseldorf zur letzten Ehre des Freundes eingetroffen. Auch viele Ärzte und Offiziere folgten dem Sarge. Am Grabe legte zunächst Chefredakteur Herzog dem Verstorbenen mit folgenden Worten einen Kranz nieder: „Im Namen des Karlsruher Schriftstellers- und Journalisten-Vereins lege ich diesen Kranz nieder am Grabe seines verdienten Mitbegründers und teuren Berufsgenossen. In Leop. v. Bezold, dem Senior der Karlsruher Tageschriftsteller, ging ein Mann dahin, der in sich trug, was den ersten Journalisten vornehmen Gepräges ausmacht; Unverdorrene Mannesfreude am Kampfe gegen alles, was seine Ueberzeugung einmal als unvertilgbar und gefährlich erkannte, auf welchem Gebiete es immer sei und jene feine, künstlerische Empfindung, welche allein dem Bild des Begrabenen das innere Wesen der Dinge zu enthüllen vermag. Diese beiden Gaben liehen ihm das Herz jung bleiben auch in den Tagen des Alters und in dieser edlen, weithaarigen Jugend wird Leopold v. Bezold und sein reiches Wirken in unserer Erinnerung allezeit fortleben.“ Auch namens des „Künstlervereins“ durch Professor Ritter, des „Künstlerunterstützungsvereins“ durch Maler Tyrahn, der „Kunstgenossenschaft“ durch Maler Hesse wurden Kranzspenden niedergelegt. Schrifttum und Kunst, denen sein Leben gehörte, boten ihm den letzten Scheidegruß.

(Aus dem Polizeibericht.) Am 23. d. M. wurden aus einer Manufaktur in der Kronenstraße Kleider im Gesamtwerte von 73 M. gestohlen. — Aus einem unbeschlössenen Zimmer eines Gasthauses in der Amalienstraße stahl am 24. d. M. ein Unbekannter Gegenstände im Werte von 90 M. — Der 22 Jahre alte fessellose Schreibgehilfe Max Bedert aus

Oberrhein führte sich vor einigen Monaten bei einem Spe- zereihändler in der Südstadt als Referendar ein, versprach bald seiner Tochter das Geiraten und besorgte die schriftliche Ar- beiten, wobei er in den letzten Tagen aus einem Schreibet- rät 800 M. stahl. Nachdem der dringend verdächtige V. vor- läufig festgenommen war, machte er auch bald ein Geständnis und es wurden von der Summe noch 500 M., die er bei einem Baume an der Spohnstraße versteckt hatte, wieder beigebracht. Die restlichen 300 M. will er verbraucht haben. — In letzter Zeit wurden hier eine größere Anzahl von Manfarden- diebstähle berüht. Als dringend verdächtig wurden der 19 Jahre alte Tagelöhner Jos. Spanier von hier, der 19 Jahre alte Bader Jos. Reiter aus Wöllersbach und der 20 Jahre alte Maler Albert Reih aus Kästertal vorläufig festgenommen. Die Verhafteten sind einiger Diebstähle überführt.

● **Baden, 25. April.** Das Kinderfrühlingsfest wird nächsten Sonntag nachmittag, günstiges Wetter vorausgesetzt, in noch größerem Maßstabe als bisher abgehalten werden. Seit Wochen sind umfassende Vorarbeiten im Gange, um das sich von Jahr zu Jahr mehr einbürgernde Frühlingsfest für die Jugend Baden-Badens zu einem schönen Erinnerungstag zu gestalten. In Unterhaltungen aller Art wird es auch sonst nicht fehlen, zumal das Städtische Orchester schon seit einiger Zeit seine regelmäßigen Konzerte im Kurgarten wieder aufgenom- men hat und der Badener Salon, sowie die Ausstellung der freien Künstlervereinigungen Baden (Kunstschule) ihre Pforten geöffnet haben. — Die Fremdenliste weist schon gegen 5000 Gäste auf.

● **Meine Nachrichten aus Baden.** Auf den Wiesen unterhalb des Orts Nechingen spielten einige Kinder, wobei das 5jährige Mädchen des Landwirts Lorenz Geubert in den Krautbach fiel und ertrank. — In Forbach mußte wegen Aufkreuzen der Maxen die Kleinbahnverbindung geschlossen werden. — Auf der Station **Burkheim-Bischhoffingen** der Kaiserstuhlbahn stieg der 80 Jahre alte Michael Schmidlin von Bischhoffingen etwas verpöht auf einem Wagen, kam zu Fall und wurde von dem schon in Bewegung befindlichen Zug überfahren. Er war sofort tot. — In Konstantz fand eine Versammlung von Schmiede- meistern aus den Umgebungen Neustadt, Fallendorf, Stodach, Engen, Ueberlingen, Nodolsbach und Konstantz statt. Es wurde die Gründung eines oberbadischen Schmiedebun- des beschlossen. — Das Großherzogspaar hat für das neue Rathaus und Schulhaus in Blumenfeld sein Bild gestiftet. — Dem **Abendtee** wird gemeldet: Das Pfänderbahn- projekt wird in Bälde seine Verwirklichung entgegengehen. Das Aktionskomitee in Brezgen ladet zurzeit zur Zeichnung von Pfänderbahnaktien ein. Die Anlagekosten der Bahn (höchster Punkt 1000 Meter, Länge 2,9 Kilometer) sind nach dem Projekte Strub Zürich berechnet mit 1 050 000 Kronen.

Karlsruher Kunstverein.

In der Landschaft von Walter Cohn, „Am Fuß der Berge“, liegt in der starken Konturierung und Schärfe ein ausge- sproden zeichnerisches Moment, und zugleich in Form und Farbe eine geschmackvolle dekorative Wirkung. Unter den neueren Arbeiten von Heinrich Forst zeigt die „Abend- stunde“ in der kompositionellen Festhaltung der malerischen Stim- mung wohl einen weiteren Schritt vorwärts auf der Bahn seiner persönlichen Entwicklungsrichtung. Seine Abendlandschaft mit Figuren („Wenn die Abendglocken klingen“) fällt dagegen in der Komposition hart auseinander. Die kleine Landschaft von Cohn zeigt den Künstler von seiner wesentlich neuen Seite. War Lieder nicht die malerische Form in der Form zu wirken. Eine größere Kollektion hat J. D. Solch (München) ausgestellt. Er vertritt sich in der kleinformatigen Behandlung des Tierbildes, mit der die Münchener Tiermalerei beherr- schenden Zigeuner, erreicht allerdings nicht deren durchschnit- tliche Höhe künstlerischer Auffassung und künstlerischer Bewälti- gung des Gegenständlichen.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Landw. Besprechungen: am Sonntag den 28. April in Ken- zingen, Heitersheim, Altmünsterwald, Nehl, im Waldhorn am Grenzackerhorn bei Vörrach, Seibelsbach und Rosenberg.
Generalversammlungen der Kreditvereine usw.: am Son- tag den 28. April in Wiedenbach, Eichtetten, Dürckheim und Neuhäusern; am Donnerstag den 2. Mai in Gaggenau; am Samstag den 4. Mai in Neieren; am Sonntag den 5. Mai in Dainbach, Dundenheim und Scherzgen; am Donnerstag den 9. Mai in Unterzombach; am Sonntag den 11. Mai in Weidenau; am Sonntag den 12. Mai in Eßlingenweier.
Generalversammlungen der Orts-, Konsum- und Abfah- vereine usw.: am Sonntag den 27. April in Lodenburg; am Sonntag den 28. April in Malsburg, Effenbach, Ming, Bernau- Aulental, Grombach, Mühlwühl und Reisenbort; am Dienstag den 30. April in Weidolsheim; am Samstag den 4. Mai in Schenbach; am Sonntag den 5. Mai in Wasser und Dorf Steh.
Generalversammlung der Wassereigenenschaft Au a. M. am Sonntag den 28. April in Au a. M.
Genossenschaftsversammlung der Zuchtgenossenschaft Aheru am Sonntag den 28. April in Aheru.
Versammlung des Wingervereins Immenstaad am Samstag den 4. Mai in Immenstaad.
Versammlung der Geflügelzuchtgenossenschaft Mambach i. W. am Sonntag den 28. April in Mambach i. W.
Generalversammlung der Schweinezuchtgenossenschaft Frei- burg am Sonntag den 28. April in Kirchgarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

● **Homburg v. d. S., 25. April.** Seine Majestät der Kaiser ist gestern um 5 Uhr nachmittags von Gießen hier eingetroffen.
● **Homburg v. d. S., 26. April.** Heute morgen um 7 Uhr unternahm Ihre Majestät der Kaiser und die Kaiserin einen Spazierritt an den Taunus. Später hörte der Kaiser im hiesigen Schlosse die Vorträge des Chefs des Militär- und des Zivilkabinetts. Zur Früh- stückstafel bei den Majestäten waren geladen Frau von Vöttiger, die Witwe des früheren Staatsministers und Geh. Legationsrat v. Nekowski.
● **Berlin, 26. April.** Der Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers, Graf v. Eulenburg, ist heute nach Straß- burg abgereist.
● **Potsdam, 26. April.** Die Kronprinzlichen Herr- schaften werden sich morgen auf einige Tage nach Schwerin begeben.
● **Döberitz, 26. April.** Es wird berichtet, daß es sich bei dem Prinzen Eitel Friedrich nach ärztlicher Feststellung nicht um eine Gehirnerkrankung, sondern nur um eine vor- übergehende Betäubung handelte, verursacht durch einen Schlag des Kopfes des Kindes gegen die Schläfe des Prin- zen. Der Prinz dürfte in einigen Tagen seinen Dienst wie- der übernehmen. — Wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, hat sich

Prinz Eitel Friedrich bei seinem übrigens belanglosen Unfall eine geringfügige Zerrung der Rückenmuskeln in der Bedengegend zugezogen.

● **Wilhelmshaven, 26. April.** Der Dampfer „Rorussia“ mit dem 934 Mann starken Abfuhrtransport für das Kreuzer- geschwader in Ostasien ist heute mittag in See gegangen.

● **Frankfurt, 26. April.** Unter dem Vorsitz des Oberprä- sidenten der Provinz Hessen-Nassau, v. Windheim, wurde gestern hier im Römer unter reger Beteiligung von Behörden und Korporationen aus der Provinz und dem Großherzogtum Hessen der Mitteldeutsche Arbeitsnachweis- verband gegründet und zum Vorsitzenden der Oberbürger- meister Dr. Abide-Frankfurt gewählt.

● **Paris, 26. April.** Die Kaiserin-Witwe von Ruß- land traf von Biarritz kommend, gestern um 10 Uhr vor- mittags in Bourget ein und wurde auf dem Bahnhof vom Präsidenten Fallières und vom Minister des Auswärtigen Bichon begrüßt. Der Präsident hat die Kaiserin-Witwe, der Kaiserin Alexandra seine ehrerbietigen Gefühle auszu- drücken und ihr den Kaiser Nikolaus angelegentlich zu emp- fehlen. Der Präsident gab ferner seiner Freude über die herz- lichen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland Aus- druck. Der russische Botschafter Melikow hatte Fallie- res und Bichon der Kaiserin-Witwe vorgestellt. Um halb 11 Uhr erfolgte die Weiterreise.

● **Konapel, 26. April.** Mit dem Dampfer „Sachsen“ ist gestern der König von Siam hier eingetroffen.

● **London, 26. April.** Im Parlamentsgebäude fand heute Abend eine Besprechung einer Anzahl Mitglieder des Unter- hauses statt, die beabsichtigen, sich der Reise nach Deutsch- land anzuschließen, die zu Pfingsten dieses Jahres dem bri- tischen Ausfuhr für das Studium fremdländischer Ge- meindeeinrichtungen veranstaltet wird.

● **London, 26. April.** Die Kolonialkonferenz verhandelte heute über Naturalisation und Auswanderung. Eine Resolution zu Gunsten der Förderung der Auswan- derung nach den Kolonien anstatt nach fremden Ländern wurde einstimmig angenommen. Die Weiterberatung der Natura- lisationsfrage wurde vertagt.

● **London, 26. April.** Reuters Bureau meldet: Eine heute erlassene autoritative Erklärung besagt, es bestehe keinerlei Begründung für die Nachricht, betreffend den Abschluß einer Marineallianz zwischen Großbritannien und Spanien und die Bil- dung einer Quadrupel-Entente zwischen Groß- britannien, Frankreich, Italien und Spanien.

● **Madrid, 26. April.** Bei der Nachprüfung der Wahlen in Matheu kam es gestern zu heftigen Streitigkeiten zwischen den mit der Zählung betrauten Beamten und den Parlamentskandidaten. Polizei mußte einschreiten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten befindet sich auch der Dichter Perez Galdos.

● **Madrid, 26. April.** Der Ministerat genehmigte gestern das Marinebudget, das sich auf 50 Millionen Pesetas beläuft, das sind 15 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Marineminister de mentierte die Behauptung auswärtiger Blätter, daß das spanische Marinebudget in acht Jahren bis auf 400 Millionen Pesetas gesteigert werden soll.

● **Konstantinopel, 26. April.** Das Protokoll über die Annahme der dreiprozentigen Zollerhöhung ist von den Vorkämpfern Deutschlands, Rußlands, Frankreichs, Englands, Oesterreich-Ungarns und Italiens einerseits und dem türkischen Minister des Äußern Tewfik Pascha ander- seits gezeichnet worden.

● **Konstantinopel, 26. April.** Der deutsche Botschafter Frei- herr Marschall von Bieberstein und der türkische Minister des Äußern, Tewfik Pascha, haben gestern die Zusatzkonvention zum deutsch-türkischen Han- delsvertrag gezeichnet. In derselben willigt Deutsch- land bis zum Inkrafttreten des dem deutsch-türkischen Handelsvertrag angehängten Tariffs in eine Erhöhung der Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent.

● **Tanger, 26. April.** Im Hinblick auf die beabsichtigte Ein- führung des Tabakmonopols stellte der Maghzen drei Schieds- richter auf, die den Anlauf der bestehenden Tabakfab- riken durchzuführen sollen, und fordert die Fabrikanten auf, ihrerseits drei Schiedsrichter zur Erzielung einer Verständi- gung über den Ankaufspreis zu ernennen.

● **Tanger, 26. April.** Der französische Panzerkreuzer „Gloire“ ist hier eingetroffen.

Verschiedenes.

● **Berlin, 26. April.** Die heute zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten 300 Mill. M. 4% ige Schatzanleihe des Reiches und Preußens sind nach vorläufiger Feststellung rund 45fach gezeichnet worden. — Die Morgenblätter berich- ten übereinstimmend, daß der Erfolg der Zeichnungen auf die preußischen Schatzanweisungen die hochgespannten Erwar- tungen übertreffen hat, und heben hervor, daß von den im Ganzen 13½ Milliarden betragenden Zeichnungen etwa 40% auf Spezzzeichnungen entfallen.

● **Potsdam, 26. April.** In dem Disziplinarverfahren gegen den Gouverneur von Kamerun v. Pittsamer erkannte der Gerichtshof wegen dreier Dienstvergehen auf einen Verweis und 1000 Mark Geldstrafe, und legte dem Angeklagten die Kosten auf.

● **Duisburg, 26. April.** Gestern abend 9 Uhr ging auf der zweiten Sohle des Schachts 3 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser die Streke zu Bruch; hinter ihr befinden sich ein Stei- ger, 20 Mann und zwei Pferde. Die Aufbaumungs- arbeiten sind sofort in Angriff genommen worden. Es gelang heute morgen, Öffnung zu schaffen, durch die eine Verständi- gung mit den Eingekerkerten ermöglicht und Lebensmittel gereicht wurden. Die Eingekerkerten erklärten, niemand sei verletzt, man hofft, sie heute mittag bergen zu können.

● **Duisburg, 26. April.** Die gestern abend in Schacht 3 der Ge- werkschaft Deutscher Kaiser durch Zubrechgehen der Streke abgegangenen Belegte sind heute morgen um 7 Uhr zu- lauge gefördert worden.

● **Gelsenkirchen, 26. April.** Der Bergbauliche Ver- ein hat dem Verein zur Bekämpfung von Volkskrank- heiten im Ruhrkohlenrevier 60 000 M. zum Weiterausbau des Bakteriologischen Institutes in Gelsenkirchen zur Verfügung gestellt.

● **Stuttgart, 26. April.** Baudirektor Tritschler, frühe- rer langjähriger Professor an der Technischen Hochschule, ist, 80 Jahre alt, hier gestorben.

● **München, 26. April.** Das Hochwasser der Isar durchbrach südlich der Großhesselohebrücke den Hochwasser- damm, riß das auf demselben befindliche Transformations- haus samt Motor fort und richtete auch sonst am Ufer erheb- lichen Schaden an.

● **Deggendorf (Niederbayern), 26. April.** Der Postzug Nr. 990 entgleiste, aus Eisenstein kommend, heute bei Randsbach. Drei Wagen wurden zertrümmert. Ein Beamter wurde schwer, mehrere andere Personen leicht verletzt.

● **Mes, 26. April.** Der Unhold, der abends auf den Straßen Frauen und Mädchen mit Meißer- und Radelstichen verletzete, ist in der Person eines Offiziersburschen festgenom- men worden.

● **Genf, 26. April.** Am Monte Maleve bei Genf stürz- ten zwei Genfer Gymnasialisten ab und fanden den Tod. Die Leichen sind gefunden worden.

● **Ischl, 26. April.** In Ischl überschwebte der Traun- fluss den Acher. Der ausgetretene Mondsee überschwebte die Ortschaft Innersee. Die Salzach steigt. Ueberflutungen herrschen im Semmeringgebiete, im Mürtale und im Gesäuse.

● **St. Petersburg, 26. April.** Am 12. Mai findet in der Arm die Trauung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, des Oberkommandierenden des Petersburger Militärbereichs, mit der geschiedenen Großfürstin Anastasia von Leuchtenberg, einer geborenen Prinzessin von Montenegro, statt.

Literatur.

Fromm, Dr. Leo, Das Mühlengewerbe in Baden und in der Rheinpfalz. (Wirtschaftliche Abhandlungen der bad. Hochschulen. IX. Band. 4. Heft.) Preis im Abonnement M. 2,80, im Einzelverkauf M. 3,60.

Die vorliegende Studie will ein Bild geben von der Ent- wicklung des badischen und rheinpfälzischen Mühlengewerbes von seinen Anfängen bis in die Gegenwart. Im I. Kapitel schildert der Verfasser die Lage des Mühlengewerbes im Mit- telalter, die Entstehung und Ausbildung der Handelsmüllerei unter dem Einfluß der Technik, Gesetzgebung und des Ueber- ganges zur Geldwirtschaft, und schließt dann mit einer Dar- legung der Einwirkung der Schatzkammergesetzgebung auf die badisch-pfälzische Mühlenindustrie. — Im II. Kapitel werden zunächst die Ergebnisse der Gewerbeverhältnisse beleuchtet. Dann werden die Erzeugnisse und die charakteristischen Merk- male (wie Arbeiterzahl, Mahlverfahren und Nebengewerbe) der Mühlen- und Handelsmüllerei dargestellt; und über die Pro- duktivkraft unterrichtet uns eine Produktionsstatistik. Ein- gehende Behandlung erfahren die Großmüllerei, deren Ent- stehung, Produktions- und Absatzverhältnisse an der Hand der Eisenbahn- und Schiffahrtsstatistik geschildert werden. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Großmül- lerei geht der Verfasser auf den Rohstoffbedarf derselben ein, und bei der Frage der Absatzgestaltung wird die Bedeutung der für die Mühlenindustrie so wichtigen gleichen Tarifierung von Ge- treide und Mehl auf den Eisenbahnen dargelegt. Nach einer Erläuterung der Organisation des Mehlabfahrs kommt der Ver- fasser in einem zusammenfassenden Schlußwort noch kurz auf die Idee der Mühlenabfahrssteuer zu sprechen.

So zeigt denn diese Arbeit, die auch für den Mann der Praxis von hohem Interesse ist, die ökonomische Lage und volkswirtschaftliche Bedeutung des Mühlengewerbes in Baden und der Rheinpfalz, wo die Entwicklung zum Großbetrieb einen typischen Verlauf genommen hat.

Stand der Badischen Bank

am 23. April 1907.

Aktiva.	
Metallbestand	9 078 475 M. 14 Pf.
Reichsschatzschätze	11 275 „ —
Noten anderer Banken	3 583 650 „ —
Wechselbestand	17 410 979 „ 19
Lombardforderungen	10 134 155 „ —
Effekten	2 088 521 „ 79
Sonstige Aktiva	1 844 151 „ 60
	44 146 207 M. 72 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	2 237 018 „ 06
Umlaufende Noten	22 604 500 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlich- keiten	9 705 733 „ 03
An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	598 956 „ 63
	44 146 207 M. 72 Pf.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 545 870 M. — Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 27. April. Abt. B. 57. Ab. Vorst. „Das verun- schene Schloß“, Operette in 3 Akten (5 Bildern). Musik von Millöder. Anfang 7 Uhr; Ende halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 26. April 1907.

Die Luftdruckverteilung ist heute eine sehr unregelmäßige. Der hohe Druck hat sich auf den Atlantischen Ozean westlich von Irland zurückgezogen; von da aus nehmen die Barometer- stände ziemlich rasch bis zu einem über die Nordsee gelegenen Minimum ab. Klärere Depressionen befinden sich über Nord- westfrankreich und über Oberitalien. In Mitteleuropa herrscht meist trübes und kühles Wetter mit Regenschauern. Eine wesentliche Witterungsänderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. April, früh.

Ort	Wetter
Lugano	wolkenlos 13 Grad
Biarritz	Nebel 12 Grad
Nizza	dunstig 14 Grad
Triest	wolkenlos 15 Grad
Florenz	bedeckt 13 Grad
Rom	bedeckt 13 Grad
Cagliari	wolkenlos 14 Grad
Brindisi	wolkenlos 14 Grad

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom.	Therm.	Wind.	Witterung.	Witterung.
25. Nachts 9 ^{U.}	754.6	8.5	7.2	87	bedeckt
26. Morgs. 7 ^{U.}	752.8	6.9	6.6	88	„
26. Mittags 2 ^{U.}	748.8	11.1	5.8	59	„

Höchste Temperatur am 25. April: 16.9 niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.0.

Niederschlagsmenge des 25. April: 1.7 mm.

Wasserstand des Rheins am 26. April, früh: Schutter- sels 2.45 m, gestiegen 20 cm; Nehl 2.85 m, gestiegen 6 cm; Waghau 4.22 m, gestiegen 6 cm; Mannheim 3.72 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Kaß) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

CAROLA-QUELLEN

Leistung der Quellen 640 Minutenliter. — Grossartiges Füllgebäude, berechnet für 100000 Flaschen pro Tag.

Schlossbrunnen
lithiumhaltiges Mineraltafelwasser, Tafelgetränk des Kaiserl. Statthalters v. Elsass-Lothr., Durchlaucht Fürst Hohenlohe.
Telephon 2220.

Rappoltsweiler Südvogesen.

Am Fusse der Hohkönigsburg.
Haupt-Niederlage in Karlsruhe
ADOLF BOLZ
Nr. 42 Kapellen-Strasse Nr. 42.

Die Forderungen der Hygiene weitgehendst berücksichtigt. Spülung und Reinigung der Flaschen mit dem Wasser der Quellen.

Carola-Heilquelle
gegen Erkrankungen der Harnorgane u. harnsauren Diathese. Gicht. — Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.
Telephon 2220.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Gatten, Vaters, Schwiegervaters, Grossvaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Eduard Schaaff

sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus.

Karlsruhe, den 25. April 1907.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bereinsbank Karlsruhe e. G. m. u. S.

Die abgerechneten Einlagebücher können gegen Rückgabe der diesbezüglichen Quittung in Empfang genommen werden, ebenso die auszahlbaren, noch unerhobenen Dividendenbeträge.

§. 780 3.2

Der Vorstand.

Sind Sie mit uns nicht zufrieden, so sagen Sie es bitte uns; sind Sie mit uns zufrieden, so lassen Sie es Ihre Freunde wissen.

Kaiserstrasse 65, 193 u. 245
Erbprinzenstrasse 10
Karlstrasse 29 a
Schützenstrasse 8
Telephon No. 63

Färberei Printz

Act.-Ges.

© 522.8.6

Ziehung 4. - 7. Mai
Geldlotterie
z. Besten d. Blindenheims **Weimar**
3333 Gewinne zusammen
Mk. 45000 Mk.
I. Hauptgewinn 20000, 5000
usw. bar ohne Abzug;
dann **Mannheimer** Maimarkt-
lotterie.
Ziehung 8. Mai
2000 Gewinne zus. M. 50000 W.
Tiergewinne mit 80 resp. 75%
Silberpreise voll zahlbar.
Lose à M. 1, 11 Stück M. 10.
Carl Götz
Bankgeschäft Karlsruhe

Bekanntmachung.

Nr. 1622. Bei der heute stattgefundenen 30. Ziehung wurden von den **34prozentigen Kreisobligationen** durch das Los zur Heimzahlung bestimmt:
4 Stücke Lit. A Nr. 49, 69, 72, 87 à 1200 M. = 4800 M.
6 Stücke Lit. B Nr. 43, 68, 71, 79, 85, 107 à 600 M. = 3600 M.
Sa. 8400 M.
Die Kapitalbeträge sind vom 1. Oktober d. J. an bei der Kreiskasse in Empfang zu nehmen, von welchem Tage ab auch deren Verzinsung aufhört.
Karlsruhe, den 10. April 1907.
Der Kreisaussschuh:
Dr. Weber. Vöhrler.

Offene Bäckermeisterstelle.

Die Bürgermeisterei in hiesiger Stadt ist durch den Rücktritt des seitherigen Inhabers erledigt. Geeignete Bewerber wollen sich alsbald an den Gemeinderat unter Darstellung der feitherigen Tätigkeit melden.
S. 898.2.1.
Anfangsgehalt ist 4500 Mark.
Breiten, den 25. April 1907.
Gemeinderat:
H. Koch.

Zwangsvorsteigerung.

Montag den 29. April 1907, nachmittags 2 Uhr, werde ich in **Lahr**, Friedrichstraße 51, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
2 Eisendrehbänke, 1 Kesselschrauf, 1 großer Lebensschrauf.
Ebers, Gerichtsvollzieher.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
S. 850.2.1. Nr. 6484. Ueberlingen. Der Schuhmachermeister Anton Sauter zu Ernatsreute — Prozeßvollmächtigter Rechtsagent ist in Ueberlingen — klagt gegen den Kaiser Johann Baptist Frommel, früher zu Pagen, Gemeinde St. Lorenz, unter der Behauptung, daß Beklagter als Eigentümer des Grundstücks Lgh.-Nr. 34a der Gemartung Ernatsreute aus einer auf diesem Grundstück ruhenden Hypothek der Spar- und Baugenossenschaft an letztere 218 M. 93 Pf. zu zahlen verpflichtet war, daß Kläger als Bürge hierfür diesen Betrag an

die genannte Kasse zahlen mußte, und nunmehr Rückgriff auf den Hauptschuldner nehme, mit dem Antrag auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 218 Mark 93 Pf. nebst 4 Prog. Zinsen seit Zustellung der Klage.
Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Ueberlingen auf
Montag den 8. Juli 1907, vormittags 9 1/2 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Ueberlingen, den 20. April 1907.
G. Beck,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
S. 908. Nr. 3230. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Sarber & Straub**, Norddeutsches „Speisehaus“ in Freiburg ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf
Mittwoch den 8. Mai 1907, vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 5, bestimmt.
Freiburg, den 22. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3: Mohr.

Konkursverfahren.
S. 904. Nr. 3244. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **A. Nambide**, Inhaber Camillo Nambide in Freiburg, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf
Mittwoch den 15. Mai 1907, vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 5, bestimmt.
Freiburg, den 23. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3: Mohr.

Konkursverfahren.
S. 905. Heidelberg. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Jacob Brehm** in Heidelberg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis vor dem diesseitigen Gerichte bestimmt auf
Freitag den 24. Mai 1907, vormittags 9 Uhr,
2. Stod, Zimmer Nr. 18.
Heidelberg, den 24. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Mittelmann.

Bekanntmachung.
S. 896. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Dekorationsmalers **Heinrich Pfau** hier soll mit Genehmigung Großh. Amtsgerichts hier die Schlussverteilung erfolgen.
Dazu sind verfügbar M. 1593.88, während an nicht bevorrechtigten Forderungen M. 12 728.69 zu berücksichtigen sind.
Karlsruhe, den 25. April 1907.
Der Konkursverwalter:
Carl Burger.

Konkursverfahren.
S. 906. Nr. 3111. Mannheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckers **Martin Zwonagel** in Mannheim wurde nach Abhaltung des Schlusstermins und Vornahme der Schlussverteilung hiermit wieder aufgehoben.
Mannheim, den 23. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 2: Staff.

Konkursverfahren.
S. 909. Wiesloch. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Stefan Feindler** von St. Leon ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf
Mittwoch den 15. Mai 1907, vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Wiesloch, den 22. April 1907.
Gäuser,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Bekanntmachung.
S. 922. Lahr. Ueber das Vermögen des am 7. Januar 1907 in Lahr verstorbenen Buchhalters **Paul Keller** wird auf Antrag eines der Erben ge-

Nr. 248, zur Beschlussfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Dienstag den 21. Mai 1907, vormittags 10 Uhr,
zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Samstag den 6. Juli 1907, vormittags 10 Uhr,
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolieren oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Mai 1907 Anzeige zu machen.
gez. Hassenkamp.
Die Uebereinstimmung mit der Urchrift wird beurkundet.
Karlsruhe, den 25. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Eifert.

Konkursverfahren.
S. 908. Nr. 3188. St. Blasien. Ueber das Vermögen des Gastwirts zum **Schiff Ludwig Kottmann** in Schluchsee wird heute am 25. April 1907, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinsschuldner seine Zahlungsunfähigkeit glaubwürdig erklärt, seine Zahlungen eingestellt und die Konkursverfahren beantragt hat.
Der Rechtsanwält **Eckert** in Neustadt wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 23. Mai 1907 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag den 16. Mai 1907, vormittags 10 1/2 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Donnerstag den 13. Juni 1907, vormittags 10 1/2 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolieren oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 23. Mai 1907 Anzeige zu machen.
gez. Bechert.
Dies veröffentlicht:
St. Blasien, den 25. April 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Lippolt.

Konkursverfahren.
S. 909. Wiesloch. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Stefan Feindler** von St. Leon ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf
Mittwoch den 15. Mai 1907, vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Wiesloch, den 22. April 1907.
Gäuser,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Bekanntmachung.
S. 922. Lahr. Ueber das Vermögen des am 7. Januar 1907 in Lahr verstorbenen Buchhalters **Paul Keller** wird auf Antrag eines der Erben ge-

mäß § 1981 B.G.B. die Nachverwalterung angeordnet und **Waisenrat Josef Leiber** hier als Nachverwalter bestellt.
Lahr, den 20. April 1907.
Großh. Amtsgericht.
Dr. Reisinger.

Vermischte Bekanntmachungen.
Nadel- und Holz-Versteigerung.
Großh. Bad. Forstamt **Villingen** (Station der Bad. Schwarzwaldbahn und Endstation der Württemb. Bahn von Rottweil) versteigert
Samstag den 4. Mai d. J., nachmittags 1/2 2 Uhr
beginnend, im alten Rathaussaal in **Villingen** nach der Holzversteigerung der Stadt Villingen den Anfall an Langnutzholz und Stangen aus sämtlichen Domänenwaldungen, und zwar: 3140 Fm. Stämme und Abschnitte sämtlicher Klassen, 3110 Kufen I. und II., 4950 Kufen I. bis IV. und 835 Kufen I. mit Vorfrist bis 1. Dezember und Abfuhrtermin bis 1. Oktober. Genaue Losverzeichnisse wollen vom Forstamt erheben werden. S. 923.

Veraubung von Bauarbeiten
für die Erweiterungsbauten in den Heilstätten „Friedrichsheim“ und „Luisenheim“, oberhalb Marzell, Eisenbahnstation Sandern und Badenweiler.
Die Angebote auf das Ausschreiben vom 20. März 1907 konnten nicht angenommen werden. Es wird deshalb neuerdings ausgeschrieben, daß unter den bei den badiischen Staatsbauten üblichen allgemeinen und besonderen Bedingungen für die Erweiterungsbauten in obenbezeichneten Heilstätten — 2 Krankenhäuser, 2 Liegehallen, Küchenanbau und 1 Wohngebäude — nachverzeichnete Arbeiten im Wege des öffentlichen Angebotes zu vergeben sind:
S. 902.3.2.1.

1. Grabarbeit,
2. Maurerarbeit,
3. rote Steinbauerarbeit,
4. grüne Steinbauerarbeit,
5. Zimmerarbeit,
6. Ziegeldachbedeckung,
7. Blechdachbedeckung nebst Metalldachbedeckung,
8. Malerarbeiten,
9. Massivdecken.
Zeichnungen, Bedingungen und Ausschreibungen sind vom 1. bis 15. Mai im Verwaltungszimmer in Friedrichsheim, sowie im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe — Kaiserallee Nr. 8, Erdgeschoss, Zimmer Nr. 9 — einzusehen, woselbst auch Formulare, in welche die einzelnen Preise einzusetzen sind, in den öffentlichen Bureaustunden in Empfang genommen werden können.
Angebote sind spätestens bis 15. Mai 1907 an die Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zu versenden, und mit entsprechender Aufschrift versehen, per Post einzusenden. Die Eröffnung der Angebote findet am 16. Mai 1907, früh 9 Uhr, in unserem Dienstgebäude, Kaiserallee Nr. 8, in Karlsruhe im Beisein der Bewerber statt. Angebotsformulare werden nach auswärts nicht verschickt. Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen.
Karlsruhe, den 25. April 1907.
Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden.

Badiischer Gütertarif.
Mit Wirkung vom 1. Mai 1907 werden die Entfernungen der Station **Lahr** Stadt allgemein um 4 km ermäßigt.
S. 901.
Mit Wirkung vom 20. Mai 1907 wird für Reis und Reisbrot zwischen Mannheim und Mannheim Industriebahnhof ein ermäßigtes sowie Würzburg andererseits ein Ausnahmefrachtfaß von 74 Pf. für 100 kg eingeführt. Endlich wird mit Wirkung vom 20. Juni 1907 die Station **Freiburg** Biebrich im Nachtrag 1 (neue Folge) zu Abt. 2 auf Seite 7 aus dem Verzeichnis unter IIIb in jenes unter IIIa aufgenommen.
Karlsruhe, den 25. April 1907.
Großh. Generaldirektion der Badiischen Staatseisenbahnen.